

Dioxingefahr in der Sondermülldeponie? Kreis und Bürgerinitiative nehmen Stellung

Initiative kündigt weitere Proteste an / Kreis Nienburg will offen informieren

Nienburg/Rehburg-Loccum (r). Wenn es um die Sondermülldeponie Münchehagen geht, liegt die dortige Initiative „Bürger gegen Giftmüll“ in ständigem Clinch mit Kreisverwaltung, Deponiebetreibern und allen, die man als dafür verantwortlich ansieht, daß im Deponieboden und -wasser eine vermeintliche Umweltzeitbombe mit dem Sprengsatz Dioxin tickt. Die Kreisverwaltung sieht diese Dioxin-Gefahr durch keine Gutachten belegt und hält deshalb die Deponiewasserabfuhr und Klärung für unbedenklich. Aus Anlaß einer Leserzuschrift der Bürgerinitiative forderte DIE HARKE jetzt die Kreisverwaltung auf, zu den darin aufgeworfenen Fragen und Rückschlüssen Stellung zu nehmen, damit beide Sichtweisen direkt nebeneinander dargestellt werden können. Hier nun auszugsweise die beiden Erklärungen:

Heinrich Bredemeier von der Bürgerinitiative schreibt: „Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. – So etwa möchte man im ersten Moment die Nachricht vom ‚Segelstreichen‘ der GSM überschreiben. Denkt man jedoch über die Umstände nach, welche zu diesem Schachzug geführt haben, so stellt man fest: ‚Alles schon mal dagewesen.‘
Erinnern wir uns: In den Jahren '70 bis '74 wurde schon einmal Giftmüll in Münchehagen verscharrt. Nur damals hieß die Firma ‚Börstinghaus & Stenzel‘. Die damals fast täglich umweltrelevanten Vorkommnisse sind nicht zu zählen (wie Ablassen giftiger Wässer in Wassergewinnungsgebiete, Überläufe in Waldstücke, Abladen bei Nacht, Verscharrten nicht genehmigter Giftstoffe bei Nacht und Nebel, direktes Einleiten von verseuchtem Wasser in die Weser).

„Wer nun glaubt, diesen Betreibern wäre das Handwerk gelegt worden, muß sich eines besseren belehren lassen: Die Firma wurde – wie im vorliegenden Fall – schlicht liquidiert, die verseuchten Flächen wurden zum ‚Niemandland‘ erklärt, man nahm sein Geld und war bzw. ist fein raus. Die Herren Börstinghaus und Stenzel sind bis heute weiterhin im Giftmüllgeschäft, makaberweise trägt der Name Börstinghaus die Firmenbezeichnung ‚Umweltschutz‘. Fazit: Der Steuerzahler darf für die Sanierung der Börstinghaus-Deponie erhalten, deren Kosten sich zwischen 50 und 100 Millionen Mark belaufen dürften (schätzt Bredemeier).

Die Parallele zur GSM-Deponie ist unverkennbar. Lediglich die Größenordnung ist hier eine andere. Der eigentliche Giftmüllskandal hat sich längst zu einem Steuerkandal ausgeweitet. Ein paar aktuelle Zah-

len: Der Wasserverband in Lemke erhielt während der Übernahmeverhandlungen vom Land Niedersachsen 480 000 Mark.

Nicht einmal das Vorhandensein von Dioxin im Sickerwasser ließ die Lemker Kommunalpolitiker zurückschrecken, ihre vollkommen ungenügende Kläranlage als ‚Alibi-Durchfluß‘ in die Weser zur Verfügung zu stellen.

Nur – Dioxinwasser hat seinen Preis, also her mit den Steuergeldern für den verschuldeten Wasserverband ‚Am Sandkamp‘ – was kümmern uns die besorgten Eltern aus Bremen – denn ‚Unser Dorf soll schöner werden‘. Neueste Zahlen sprechen von einem Kubikmeterpreis in Höhe von 40 Mark, das macht bei 100 000 Kubikmetern runde vier Millionen Mark für den Steuerzahler; nebenbei finanziert dieser damit auch noch die Verseuchung der Weser und der Nordsee. Das ganze verkaufen sogenannte Fachbehörden als ‚Umweltschutz‘. Für wie blöd hält man uns eigentlich?

Betrachtet man den Pleite-Antrag der GSM vor dem Hintergrund der nunmehr 15jährigen Münchehagener Giftmüllgeschichte, so sucht man nach den wahren Hintergründen dieses Anliegens. Ist es die Angst vor Haftungsansprüchen? Wohl kaum als mbH (mit beschränkter Haftung). Richtiger dürfte sein, daß man in Münchehagen endlich eingesehen hat, gegen die Bürger dort schmutzige Geschäfte nicht mehr durchführen zu können.

Doch auch wenn die GSM-Pleite als ein Erfolg jahrelanger Arbeit angesehen werden kann, sind die Gefahren nicht beseitigt. Alle Verantwortlichen auf allen Ebenen, welche erst das unverantwortliche Handeln der

GSM ermöglicht haben, welche immer noch auf ihren gutdotierten Stühlen sitzen, müssen weiterhin mit faktisch untermauertem breiten Protest rechnen, so lange, bis das Wort Giftmülldeponie in Münchehagen nur noch eine Legende ist.“

In der Stellungnahme zu dem Leserbrief Bredemeiers teilt die Kreisverwaltung mit, daß die ehemaligen Betreiber der Altdeponie, die Herren Börstinghaus und Stenzel, wegen der erfolgten illegalen Einlagerung zur Verantwortung gezogen worden sind. Weiter heißt es: „In dem Prozeß vor dem Obergericht Lüneburg wird zur Zeit geklärt, ob die ehemaligen Betreiber zur Sanierung der Altdeponie herangezogen werden können. In der ersten Instanz vor dem Verwaltungsgericht Hannover hatte der Kreis bereits gewonnen.“

Im Gegensatz zur Altdeponie gibt es für die GSM-Deponie keinen Verdacht auf illegale Einlagerungen. Die dort gelagerten Abfallstoffe sind hinsichtlich Art, Menge und Lagerort aktenkundig. Es gibt deshalb auch keine Parallele zur Altdeponie.

Es ist richtig, daß der Wasserverband Am Sandkamp (Lemke) für den weiteren Ausbau der Abwasserentsorgung Landeszuschüsse erhalten hat. Solche Mittel werden jedoch seit vielen Jahren nach feststehenden Richtlinien des Landes an alle Wasser- und Abwasserverbände gezahlt, um die Kosten für die Bürger zu senken.“

Kreisdirektor Dr. Jörg Hardegen betont, daß – entgegen der Behauptung Bredemeiers – in dem Wasser aus Polder IV kein Dioxin sei. Der Wasserverband habe seinerzeit verantwortlich gehandelt, als er den Vertrag über die Klärung des Deponiewassers erst unterzeichnet habe, als das unabhängige Fresenius-Institut schriftlich bestätigt habe, daß das Wasser dioxinfrei sei.

Dr. Hardegen weist darauf hin, daß der Kreis die Öffentlichkeit stets in den Sitzungen des Bauausschusses über alle mit der Sondermülldeponie zusammenhängenden Fragen informiere und wegen der Klärung des Deponiewassers extra eine Bürgerinformation in Marklohe mit Fachleuten durchgeführt habe.